



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 29/18 • 19.07.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Woche hat das Europäische Parlament wichtige Themen des ersten Halbjahres aus Seiner Sicht zusammengefasst [Link](#): Dazu gehörten zum Beispiel:

Zum Brexit forderten die Parlamentarier im März gemeinsame Verpflichtungen in Bezug auf Bürgerrechte, finanzielle Verpflichtungen sowie die Grenzfrage mit Irland in ein geordnetes Austrittsabkommen zu übersetzen.

Im April hat das Europäische Parlament das Paket zur Kreislaufwirtschaft angenommen und neue Regel zur Lastenverteilung zur Bekämpfung des Klimawandels verabschiedet. Im Mai hat es eine Reform der Entsenderichtlinie gebilligt, um für gleiches Entgelt für gleiche Arbeit zu sorgen. Die Parlamentarier haben im Mai gefordert, im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens für 2021 bis 2027 verstärkt in die Forschung sowie die Unterstützung junger Menschen und in Kleinunternehmen zu investieren.

Das Europäische Parlament hat eine schnellere Bearbeitung der Asylanträge und ein gemeinsames Verfahren zur einheitlichen Bearbeitung von Asylanträgen gefordert. Gemeinsam mit EU-Staats- und Regierungschefs hat es über die Zukunft Europas diskutiert.

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union





# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäische Kommission - Orientierungshilfe zur Abwicklung von Beihilfeverfahren	
• Europäische Kommission - Bericht zu Beschäftigung und sozialer Lage	
• Europäische Kommission - Entscheidung für einheitlichen Luftraum	
• EuGH - Ausgleich bei Flugverspätungen	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>8</b>
• EU und Japan vereinbaren umfassende Wirtschafts- und strategische Partnerschaft	
• EU-China-Gipfel - Fortschritte beim Investitionsabkommen und in Handelsfragen erzielt	
• Einhaltung des EU-Rechts - 2017 waren 74 Verfahren gegen Deutschland anhängig	
• REACH - Kommission geht gegen Weichmacher in Kunststoffen vor	
• Zwischenprognose Sommer 2018: Wachstum bleibt vorerst robust	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>12</b>
• Europäische Plattform der Kohleregionen im Übergang – Sachsen-Anhalt stellt Projekte vor	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>14</b>
• EPSO – Auswahlverfahren Übersetzer	
• EZB - Ausschreibung — Vorsitzende(r) des Aufsichtsgremiums	
• Praktikum bei der Europäischen Kommission - Zugang zur europäischen Schaltzentrale	
• Europäische Kommission – Referendariatsstellen	
• Young Professionals Netzwerkes und Praktikumsausschreibung im Rahmen des <a href="#">Projektes Routes4U</a> der Europäischen Kommission und des Europarates	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>17</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>20</b>
• Tipp – Der Königliche Palast öffnet seine Türen	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>23</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>24</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäische Kommission - Orientierungshilfe zur Abwicklung von Beihilfeverfahren

Die Europäische Kommission hat am 16. Juli einen neuen Verhaltenskodex für die Beihilfenkontrolle angenommen. Der Verhaltenskodex gibt der Kommission, den Mitgliedstaaten, Unternehmen und anderen Interessenträgern Orientierungshilfen zur praktischen Abwicklung von Beihilfeverfahren an die Hand, um deren Wirksamkeit, Transparenz und Vorhersehbarkeit zu verbessern.

In den vergangenen Jahren hat die Kommission das EU-Beihilferecht einer groß angelegten Modernisierung unterzogen. Auf der Grundlage der neuen Vorschriften können die Mitgliedstaaten Beihilfen zur Förderung von Investitionen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung rasch durchführen, und die Kommission kann ihre Beihilfenkontrolle auf die Maßnahmen konzentrieren, die den Wettbewerb im Binnenmarkt am stärksten beeinträchtigen dürften.

Die Bemühungen, die EU-Beihilfavorschriften zu straffen und zu modernisieren und die Arbeitsmethoden der Kommission zu verbessern, werden im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 fortgesetzt. So hat die Kommission vorgeschlagen, Ko-Investitionen, bei denen sowohl EU-Mittel als auch Mittel der Mitgliedstaaten zum Einsatz kommen, durch eine Überarbeitung der EU-Ermächtigungsverordnung für staatliche Beihilfen zu vereinfachen. Dieser Vorschlag ergänzt die Modernisierung des Beihilferechts, mit der bereits erreicht wurde, dass 97 Prozent aller staatlichen Beihilfen ohne Einbeziehung der Kommission durchgeführt werden können.

Mit Blick auf die bestmögliche Anwendung der modernisierten Beihilfavorschriften gibt der Verhaltenskodex Orientierungshilfen für die Zusammenarbeit zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und anderen Beteiligten im Rahmen der Beihilfeverfahren. So wird beispielsweise erläutert, wie sichergestellt werden kann, dass komplexe staatliche Beihilfen möglichst effizient bearbeitet werden, wie Beschwerden über staatliche Beihilfen behandelt werden und wie die Kommission die praktische Umsetzung staatlicher Beihilfen durch die Mitgliedstaaten überwacht.

Im Verhaltenskodex wird erklärt, wie Beihilfeverfahren durchgeführt werden und welche Maßnahmen die Kommission ergreift, um die Dauer der Verfahren zu verkürzen und ihre Transparenz und Vorhersehbarkeit zu steigern.

Der Verhaltenskodex für staatliche Beihilfen wurde mit Mitgliedstaaten und Interessenträgern ausführlich erörtert. Er ist auf der Website der Kommission abrufbar. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Staatliche Beihilfen: Kommission verabschiedet Verhaltenskodex zur Straffung und Beschleunigung der Beihilfenkontrolle [Link](#)



## Europäische Kommission - Bericht zu Beschäftigung und sozialer Lage

Die Zahl der Erwerbstätigen in Europa hat neue Höchstwerte erreicht. Fast 238 Millionen Menschen haben eine Arbeit – nie zuvor war das Beschäftigungsniveau in der EU so hoch wie heute. Der am 13. Juli von der Kommission vorgelegte Beschäftigungs- und Sozialbericht für 2018 bestätigt positive Trends, zeigt aber auch Herausforderungen durch Automatisierung und Digitalisierung auf. Eine bessere Bildung und lebenslanges Lernen sowie die Gewährleistung, dass unser Arbeitsmarkt und die Sozialschutzsysteme den Herausforderungen gewachsen sind, sind für die Anpassung an diese sich wandelnde Arbeitswelt von entscheidender Bedeutung. Der diesjährige Bericht zu Beschäftigung und sozialer Lage bestätigt die anhaltend positive Arbeitsmarktentwicklung und die Verbesserung der sozialen. Im Vergleich zu 2016 waren 2017 über dreieinhalb Millionen mehr Menschen erwerbstätig. Zwar ist die Zahl der pro Beschäftigtem geleisteten Arbeitsstunden in den letzten Jahren gestiegen, sie liegt aber immer noch unter dem Niveau von 2008. Gleichzeitig sind ein steigendes verfügbares Einkommen und niedrigere Armutsraten zu beobachten. Im Vergleich zu 2012 waren 16,1 Millionen weniger Menschen von erheblicher materieller Entbehrung betroffen – ein Rekordtief.

Betrachtet man jedoch die Folgen technologischer Entwicklungen, so ist unklar, wie sich Automatisierung und Digitalisierung in Zukunft auswirken werden. Deshalb liegt der Schwerpunkt des Beschäftigungs- und Sozialberichts 2018 auf der sich wandelnden Arbeitswelt.

Der Beschäftigungs- und Sozialbericht zeigt allerdings auch einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Zahl atypischer Arbeitsverhältnisse und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit einer höheren Einkommensvolatilität, einer geringeren Arbeitsplatzsicherheit und einem unzureichenden Zugang zum Sozialschutz auf, etwa bei über Online-Plattformen beschäftigten Arbeitnehmern. Die Kommission will hier durch Vorschläge zur Modernisierung des Arbeitsrechts und der Sozialschutzsysteme auf die neue Arbeitswelt reagieren. Mit dem Vorschlag für eine [Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen](#) werden neue Mindeststandards für alle Arbeitnehmer vorgesehen, auch für jene in atypischen Beschäftigungsformen. Außerdem werden die Mitgliedstaaten mit dem Vorschlag für eine [Empfehlung für den Zugang zum Sozialschutz](#) aufgefordert, allen Arbeitnehmern und Selbständigen Zugang zum Sozialversicherungsschutz zu gewähren, einschließlich der Übertragbarkeit von Ansprüchen von einem Arbeitsplatz auf den nächsten und von einem Beschäftigungsstatus auf den anderen.

Der jährlich erscheinende Europäische Beschäftigungs- und Sozialbericht bietet eine aktuelle wirtschaftliche Analyse der beschäftigungs- und sozialpolitischen Entwicklungen in Europa. Vor dem Hintergrund dieser Trends weist der Bericht auf potenzielle Herausforderungen hin und zeigt mögliche politische Antworten auf. Dieser Bericht ist das wichtigste Instrument der Europäischen Kommission zur Analyse von relevantem Material und zur Überprüfung von Trends und anstehenden Herausforderungen auf den Arbeitsmärkten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Beschäftigung und soziale Lage in Europa [Link](#)



## Europäische Kommission - Entscheidung für einheitlichen Luftraum

Violeta Bulc, EU-Kommissarin für Verkehr, und Karima Delli, Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr im Europäischen Parlament haben am 13. Juli in einer gemeinsamen Erklärung mehr Reformwillen der Mitgliedstaaten angemahnt, um die Verspätungen im europäischen Luftverkehr zu beheben. Dazu bräuchte es vor allem neue Bewegung bei der seit Jahren von Kommission und Parlament angestrebten Reform des Flugverkehrsmanagements. Mit der Initiative für den Single European Sky 2+ (SES 2+) will die Kommission das derzeitige Flickwerk von 27 nationalen Luftraumblöcken durch ein Netz größerer, regionaler Luftraumblöcke für Flugverkehrskontrolldienste ersetzen.

Die Verspätungen im Luftverkehr in den 28 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und der Schweiz nehmen erneut zu. Den Eurocontrol-Prognosen zufolge werden



sich 2018 die Kapazität und Personalausstattung gegenüber dem Jahr 2017 verschlechtern. Besondere Aufmerksamkeit gilt daher der Kapazitätsplanung, mit rechtzeitigen Investitionen in die Kapazität und ausreichend Flexibilität für Anpassungen an Nachfrageschwankungen. In diesem Jahr sind bisher schon so viele Störungen zu verzeichnen wie im gesamten Jahr 2017. Die wetterbedingten Verspätungen addieren sich bereits auf das Vierfache der im Jahr 2017 insgesamt zu verzeichnenden Verspätungen dieser Art. Für dieses Jahr gehen wir derzeit von 15 Millionen Minuten und damit von einer Verspätung von 1,35 Minuten pro Flug aus.

Der fragmentierte europäische Luftraum ist in vielerlei Hinsicht ineffizient, was jedes Jahr zusätzliche Kosten von nahezu 5 Mrd. Euro für die Luftfahrtunternehmen und ihre Kunden verursacht. Durch diese Ineffizienz verlängert sich die durchschnittliche Flugstrecke je Flug um 42 km, was den Treibstoffverbrauch erhöht und damit mehr Emissionen verursacht, die Ausgaben für die ohnehin teuren Nutzungsgebühren erhöht und zu mehr Verspätungen führt. In den Vereinigten Staaten entstehen in einem Luftraum gleicher Größe, in dem aber mehr Verkehr abgewickelt wird, nur etwa halb so hohe Kosten.

Mit der Initiative für den Single European Sky 2+ (SES 2+) will die Kommission das derzeitige Flickwerk von 27 nationalen Luftraumblöcken durch ein Netz größerer, regionaler Luftraumblöcke für Flugverkehrskontrolldienste ersetzen, um so eine höhere Effizienz, weniger Kosten und geringere Emissionen zu erreichen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Luftfahrt: Ein offenes und gut angebundenes Europa für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und globale Führung [Link](#)

Offener und vernetzter Luftverkehr: Fragen und Antworten [Link](#)

Eine Luftfahrtstrategie für Europa [Link](#)



## EuGH - Ausgleich bei Flugverspätungen

Für Ausgleichszahlungen an die Passagiere eines verspäteten Fluges ist die Fluggesellschaft zuständig, die den Flug angeboten hat und nicht jene, von der der Anbieter Flugzeug und Besatzung gemietet hat. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) geurteilt und damit erneut eine Vorgabe der EU-Fluggastrechteverordnung präzisiert. In dem Verfahren ging es um einen erheblich verspäteten Flug von Hamburg nach Cancún, den TUI fly angeboten hatte. Ausgeführt wurde der Flug mit einem samt Besatzung gemieteten Flugzeug der Thomson Airways. Entschädigungsforderungen der Passagiere lehnte Thomson Airways ab mit der Begründung, dass nicht sie das ausführende Unternehmen gewesen sei, sondern TUI fly die operationelle Verantwortung für den Flug gehabt habe und daher auch der Ansprechpartner für Ausgleichsleistungen sei.



Das mit dem Fall befasste Landgericht Hamburg bat den EuGH um Klärung des Begriffs „ausführendes Luftfahrtunternehmen“ in der Fluggastrechteverordnung. Der EuGH stützte die Argumentation der Thomson Airways. Die anbietende Fluggesellschaft habe nach der Verordnung die Verantwortung für den Flug einschließlich Annullierung oder Verspätung zu übernehmen, stellte der Gerichtshof klar. Das Landgericht Hamburg muss den Fall nun in Einklang mit dem EuGH -Urteil entscheiden. C-532/17



• *eag Quelle: EU-Nachrichten 13/18*

EuGH-Urteil zu Flugverspätungen [Link](#)



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### EU und Japan vereinbaren umfassende Wirtschafts- und strategische Partnerschaft

Die Europäische Union und Japan haben am 17. Juli in Tokio das bislang größte von der EU ausgehandelte Handelsabkommen sowie ein strategisches Partnerschaftsabkommen unterzeichnet. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den beiden großen Volkswirtschaften ist ein klares Signal für Multilateralismus und fairen, regelbasierten Welthandel.



Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, und Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, vertraten die Europäische Union auf dem Gipfel. Japan wurde durch Premierminister Shinzo Abe vertreten. Der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission Jyrki Katainen nahm ebenfalls an dem Gipfel teil. Nach den Überschwemmungen und Erdbeben im westlichen Japan boten die EU-Staats- und Regierungschefs dem Premierminister ihre Unterstützung an.

Die Ausführungen von Präsident Juncker auf der Pressekonferenz im Anschluss an das Gipfeltreffen stehen [online](#) in voller Länge zur Verfügung. Die Europäische Union und Japan gaben eine Gemeinsame Gipfelerklärung ab.

Das [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen](#) zwischen der EU und Japan ist das bisher umfangreichste, das von der Europäischen Union jemals ausgehandelt wurde. Es schafft eine offene Handelszone mit mehr als 600 Millionen Menschen und fast einem Drittel des weltweiten BIP. Es wird die überwiegende Mehrheit der 1 Mrd. Euro an Zöllen, die jährlich von EU-Unternehmen, die nach Japan exportieren, entrichtet werden, abschaffen und dazu führen, dass eine Reihe seit langem bestehender rechtlicher Hindernisse, z. B. für Autos, beseitigt werden. Außerdem wird durch das Abkommen der japanische Markt mit 127 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern für wichtige landwirtschaftliche EU-Ausfuhren geöffnet, und die Möglichkeiten für EU-Ausfuhren in einer ganzen Reihe weiterer Sektoren werden erhöht. Dem Abkommen liegen die höchsten Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards zugrunde und es enthält ein eigenes Kapitel über nachhaltige Entwicklung. Es handelt sich um das erste von der Europäischen Union ausgehandelte Handelsabkommen, das ein spezifisches Engagement für das Pariser Klimaschutzübereinkommen enthält.

Ergänzend zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen haben die EU und Japan ihre Gespräche über ein beiderseits angemessenes Datenschutzniveau erfolgreich abgeschlossen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: EU-Japan Summit: a landmark moment for trade and cooperation [Link](#)





## EU-China-Gipfel - Fortschritte beim Investitionsabkommen und in Handelsfragen erzielt

Beim 20. EU-China-Gipfel haben sich die EU und China in einer Gemeinsamen Erklärung zu einer multilateralen, regelbasierten Ordnung mit den Vereinten Nationen und einem offenen, regelbasiertem Handelssystem mit der WTO bekannt.

Gemeinsam mit Ratspräsident Donald Tusk hat Juncker an dem Gipfel mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang teilgenommen. Juncker begrüßte den Austausch von Angeboten beim [Umfassenden Investitionsabkommen](#). Dies sein ein wichtiger Schritt, aber nur der erste. Man brauche ein Abkommen, das die gemeinsamen Ziele erfülle und Investoren auf



beiden Seiten berechenbaren und langfristigen Zugang zu den beiden Märkten gäbe, sagte Juncker bei der abschließenden Pressekonferenz.

In der Gemeinsamen Erklärung sprechen sich beide Seiten darüber hinaus für ein Festhalten an dem Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA) mit dem Iran und der vollen und wirksamen Umsetzung des Pariser Abkommens zum Klimaschutz aus.

Europa ist der größte Handelspartner Chinas und China der zweitgrößte Handelspartner Europas. Der Warenverkehr zwischen der EU und China hat einen Wert von über 1,5 Mrd. Euro pro Tag.

Allein im vergangenen Jahr exportierte Europa Waren im Wert von 198 Mrd. Euro und Dienstleistungen im Wert von 38 Mrd. Euro nach China. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die Gemeinsame Erklärung im Wortlaut [Link](#)

Statement von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei der Pressekonferenz [Link](#)

EU-China-Beziehungen [Link](#)

## Einhaltung des EU-Rechts - 2017 waren 74 Verfahren gegen Deutschland anhängig

Der am 12. Juli vorgelegte Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Unionsrechts zeigt einen leichten Rückgang der anhängigen Vertragsverletzungsverfahren (-5,9 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr. Zum Jahresende 2017 führte die Kommission 1559 Verfahren gegen die Mitgliedstaaten, im Vergleich zu 1657 Verfahren 2016. Gegen Deutschland waren bis zum 31. Dezember 2017 insgesamt 74 Vertragsverletzungsverfahren anhängig (2016: 91 Verfahren), davon 25 wegen verspäteter Umsetzung.

2017 ging die Zahl neuer Vertragsverletzungsverfahren wegen verspäteter Umsetzung um ganze 34 Prozent zurück (von 847 im Jahr 2016 auf 558 im Jahr 2017) und nähert sich nun wieder dem Niveau von 2015 (543) an. Die meisten anhängigen Verfahren gab es in Spanien (93), Portugal (85) und Belgien (81). Gegen Deutschland wurden 23 neue Verfahren 2017 eingeleitet, vier im Bereich Umwelt, vier zu Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, vier zum Bereich Umwelt, drei zu Steuern und Zoll und acht zu Finanzen, Klima und Beschäftigung.



EU-weit waren wegen mangelhafter Umsetzung/unsachgemäßer Anwendung von EU-Rechtsvorschriften gegen Spanien (61), Italien (53) und Deutschland (49) die meisten Fälle anhängig, gegen Dänemark die wenigsten (28).

Der Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Unionsrechts erläutert, wie die Kommission 2017 die Anwendung des EU-Rechts überwacht und durchgesetzt hat. Nachdem 2016 der höchste Wert seit fünf Jahren verzeichnet worden war, hat sich die Zahl der Fälle 2017 wieder nach unten bewegt.

Aufgrund einer Aufforderung des Europäischen Parlaments verfasst die Kommission seit 1984 jedes Jahr einen Bericht über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts im Vorjahr. Das Europäische Parlament nimmt dann eine Entschließung zum Kommissionsbericht an.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Einhaltung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten verbesserungsfähig  
[Link](#)

## REACH - Kommission geht gegen Weichmacher in Kunststoffen vor

Die Kommission hat am 11. Juli weitere Maßnahmen ergriffen, um Verbraucher besser vor giftigen Stoffen zu schützen. So soll das Inverkehrbringen von Produkten eingeschränkt werden, die folgende vier Phthalate enthalten: DEHP, DBP, BBP und DIBP. Phthalate werden häufig als Kunststoff-Weichmacher eingesetzt und finden sich in einer Vielzahl von Produkten des täglichen Lebens, von Spielzeug bis hin zu Sportgeräten. Verbraucher können einem dieser Phthalate oder ihrer Kombination durch verschiedene Quellen ausgesetzt werden, z. B. durch Einnahme von Nahrungsmitteln und Staub, Einatmen von Gegenständen in den Mund, Einatmen von Luft und Staub in Innenräumen sowie durch Staub und Gegenstände, die mit Schleimhäuten und Haut in Berührung kommen.

Gemäß der im REACH-Ausschuss vorgeschlagenen Beschränkung dürfen die vier Phthalate nicht in Erzeugnissen enthalten sein, die von Verbrauchern verwendet werden oder in Innenräumen in einer Konzentration von 0,1 Gew.-Prozent oder mehr einzeln oder in beliebiger Kombination in einem plastifizierten Material erhältlich sind. Der Beschränkungsvorschlag berücksichtigt die kumulativen Auswirkungen und die kombinierte Exposition gegenüber den 4 Phthalaten aus verschiedenen Erzeugnissen.

Der REACH-Ausschuss, der sich aus Experten aller Mitgliedstaaten zusammensetzt, unterstützte die von der Kommission vorgeschlagene Maßnahme einstimmig. Das Europäische Parlament und der Rat haben nun drei Monate Zeit, um die Maßnahme vor ihrer Annahme durch die Kommission zu prüfen. Die Beschränkung wird dann im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und gilt 18 Monate nach Inkrafttreten für Produkte, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU hergestellt werden.

„REACH“ ist die europäische Verordnung über die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe. Sie trat 2007 in Kraft und ersetzte den früheren Rechtsrahmen für Chemikalien in der EU, der in den späten 1960er und den 1970er Jahren eingeführt worden war. Grundsätzlich gilt REACH für praktisch alle chemischen Stoffe.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 11. Juli [Link](#)

Fragen und Antworten zu REACH [Link](#)



## Zwischenprognose Sommer 2018: Wachstum bleibt vorerst robust

Mit 2,1 Prozent in diesem und 2 Prozent im nächsten Jahr dürften sowohl die EU als auch der Euroraum 2018 und 2019 weiterhin ein kräftiges Wachstum verbuchen. Die Wachstumsdynamik hat nach fünf kraftvollen Quartalen in Folge in der ersten Jahreshälfte 2018 nachgelassen, sodass die Wachstumserwartung gegenüber dem Frühjahr nun um 0,2 Prozentpunkte heruntergeschraubt wurde. In der zweiten Jahreshälfte dürfte das Wachstum dann wieder etwas anziehen, da sich die Arbeitsmarktlage und die Finanzen der privaten Haushalte weiter verbessern, die Verbraucher nach wie vor zuversichtlich sind und die Geldpolitik konjunkturfreundlich bleibt. Zu diesem Ergebnis kommt die am 12. Juli von der Kommission vorgelegte Zwischenprognose Sommer 2018.

Die fundamentalen Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sind in der EU und im Euroraum nach wie vor gegeben. Dass sich die Wachstumsraten abschwächen, ist zum Teil auf vorübergehende Faktoren zurückzuführen, doch könnten die zunehmenden handelspolitischen Spannungen, die höheren Ölpreise und die politische Ungewissheit in einigen Mitgliedstaaten ebenfalls eine Rolle gespielt haben.

Global betrachtet bleibt das Wachstum solide, doch nehmen die Wachstumsunterschiede zwischen den Ländern und Regionen zu.

Die Prognose beruht auf einer Reihe technischer Annahmen für Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise mit Stichtag 28. Juni 2018. Bei allen anderen Eingangsdaten wurden Informationen bis einschließlich 3. Juli berücksichtigt.

Ab diesem Jahr legt die Europäische Kommission anstelle der drei umfassenden jährlichen Prognosen, die sie seit 2012 im Frühjahr, Herbst und Winter veröffentlicht hatte, jedes Jahr wieder zwei umfassende Prognosen (im Frühjahr und Herbst) und zwei Zwischenprognosen (im Winter und Sommer) vor. Die Zwischenprognosen enthalten jährliche und vierteljährliche BIP- und Inflationszahlen für das laufende und das folgende Jahr für alle Mitgliedstaaten und das Euro-Währungsgebiet sowie die aggregierten Zahlen für die EU insgesamt. Durch die Rückkehr zum alten Prognose-Rhythmus werden die Prognosen der Kommission zeitlich wieder mit denen anderer Organisationen (wie der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)) zusammenfallen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Zwischenprognose Sommer 2018: Robustes Wachstum bei zunehmender Unsicherheit [Link](#)

Die Prognose in voller Länge: Zwischenprognose Sommer 2018 [Link](#)

Pressemitteilung: Frühjahrsprognose 2018: Aufschwung hält trotz neuer Risiken an [Link](#)



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäische Plattform der Kohleregionen im Übergang – Sachsen-Anhalt stellt Projekte vor



Am 12. und 13. Juli tagte erneut in Brüssel die von der EU-Kommission im Dezember 2017 ins Leben gerufene Plattform zur Unterstützung von Kohleregionen im Übergang.

Im Rahmen der Plattform möchte die EU-Kommission – neben dem Austausch von Besten Praktiken – die 41 europäischen Regionen mit Kohlebergbauaktivitäten bei der Identifizierung, Entwicklung und Umsetzung von Projekten unterstützen, die das Potential zu einem tragfähigen wirtschaftlichen und technologischen Wandel haben. Die Plattform richtet sich an nationale und regionale Behörden, sowie die Vertreter von Industrie, Zivilgesellschaft und Sozialpartner, die an einer erfolgreichen Umwandlung von Kohlebergbaugebieten interessiert sind.



Im Zuge der Plattform wurden zwei Arbeitsgruppen eingerichtet: 1. Post-Kohle Wirtschaft und struktureller Wandel; 2. Saubere Luft, Öko-Innovation und Transformation der Energiesysteme.

Am 12. / 13. Juli erhielt Sachsen-Anhalt die Möglichkeit zur Projektvorstellung. Dr. Jürgen Ude, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, ging in seiner Rede auf die heutige und zukünftige Bedeutung des

Mitteldeutschen Reviers für die Wirtschaft und die Beschäftigung in Sachsen-Anhalt ein. Der mögliche Wegfall tausender Arbeitsplätze und damit regionalem Einkommen müsse durch eine zielgerichtete und vernetzte Strukturentwicklung in der Region kompensiert werden. Die Landesregierung Sachsen-Anhalts begleite daher den Strukturwandel in der Region aktiv mit und bringe sich – neben der Europäischen Kohleplattform - auch in die neue Bundes-Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ein. Dort werde das Land Sachsen-Anhalt die Interessen des Mitteldeutschen Revieres dem Bund gegenüber angemessen artikulieren, da die Bevölkerung und die Wirtschaft ein Anrecht auf eine wirtschaftlich vertretbare und jederzeit sichere Versorgung mit Strom und Wärme habe. Professor Ralf B. Wehrspohn, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS) in Halle und Mitglied der Bundes-Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, nahm ebenfalls an der Sitzung in Brüssel teil.



Im Anschluss wurden zwei konkrete Projekte aus Sachsen-Anhalt vorgestellt. Dr. Kai-Mark Steinbach, Kaufmännischer Geschäftsführer Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH



(MIBRAG), präsentierte ein Vorhaben zur verkehrstechnischen Erschließung einer länderübergreifenden, direkten Verkehrsverbindung zwischen Hohenmölsen (Sachsen-Anhalt) und Pegau (Sachsen), wodurch wichtige Wirtschaftsräume verbunden und die Strukturentwicklung in der Bergbauregion gefördert werden könne. Danach referierte Dominik Härle (Fraunhofer IMWS) zum Pilotprojekt CARBONTRANS. Dieses sehe vor, am Standort Leuna eine Pilotanlage für die Vergasung von

kohlenstoffhaltigen Abfällen und Kohle als Technologieplattform für eine Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft zu errichten. Die Pilotanlage werde auf einen Input von jährlich 25.000 t kohlenstoffhaltiger Einsatzstoffe ausgelegt und vollständig in den energetischen und stofflichen Verbund des Chemie-Standorts integriert. Das Vorhaben mit einer Investitionssumme von ca. 40 Mio. Euro soll in den Jahren 2019 bis 2023 realisiert werden. • dw

#### Weitere Informationen:

- Webseite der EU-Kommission zum Thema Kohle: s. [hier](#)
- MIBRAG: s. [hier](#)
- Projekt CARBONTRANS: s. [hier](#)



# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL (EPSO) Bekanntmachung eines allgemeinen Auswahlverfahrens Das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) führt das folgende allgemeine Auswahlverfahren durch: EPSO/AD/361/18 — ÜBERSETZER (m/w) FÜR DIE IRISCHE SPRACHE (GA) (AD5)
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 244 vom 12. Juli 2018 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:244:FULL&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:244:FULL&amp;from=DE</a> C 244 A vom 12. Juli 2018 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:244A:FULL&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:244A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>4. September 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Weitere Informationen finden Sie auf der EPSO-Website: <a href="https://epso.europa.eu/">https://epso.europa.eu/</a> Zur Bewerbung benötigen Sie ein EPSO-Konto. Bitte beachten Sie, dass Sie für alle EPSO-Bewerbungen nur ein Konto erstellen dürfen. Bewerben Sie sich online über die EPSO-Website <a href="http://jobs.eu-careers.eu">http://jobs.eu-careers.eu</a>

14

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHE ZENTRALBANK Ausschreibung — Vorsitzende(r) des Aufsichtsgremiums Der Ort der dienstlichen Verwendung ist Frankfurt am Main (Deutschland), wo die EZB ihren Sitz hat. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre; eine Wiederernennung ist nicht zulässig.
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 248 A vom 16. Juli 2018 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:248A:FULL&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:248A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>24. August 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Bewerbungen sind per Einschreiben oder durch einen privaten Kurierdienst an folgende Anschrift zu senden: European Central Bank President's office Sonnemannstraße 20 60314 Frankfurt Germany



## Praktikum bei der Europäischen Kommission - Zugang zur europäischen Schaltzentrale

Die EU-Kommission vergibt jährlich bezahlte Praktika an 1300 Hochschulabsolventen. Damit erhalten sie eine Möglichkeit Einblicke in die Arbeitsweise der EU-Kommission zu bekommen. Den Praktikanten wird in der EU-Kommission eine interessante Tätigkeit in einem multikulturellen, mehrsprachigen und polyethnischen Umfeld geboten.

Hochschulabsolventen haben die Gelegenheit, das im Studium erworbene Wissen anzuwenden, Kontakte zu knüpfen und wertvolle Berufserfahrung zu sammeln. Praktika in der Europäischen Kommission werden jährlich zweimal vergeben und haben eine Dauer von 5 Monaten. Die Praktika beginnen jeweils am 1. März bzw. am 1. Oktober.

Dieses Praktikumsprogramm der Europäischen Kommission bietet einen spannenden Einblick in die Arbeit der EU und richtet sich an Hochschulabsolventinnen/-absolventen aus der ganzen Welt.

Bewerben können sich Absolventinnen/Absolventen sämtlicher Fakultäten, die bereits über einen Abschluss verfügen (falls dieser noch nicht ausgestellt wurde, kann üblicherweise eine Bescheinigung vorgelegt werden). Die Praktikumsdauer beträgt fünf Monate und es wird eine Vergütung von derzeit € 1.176,83 monatlich gezahlt; zudem werden Reisekosten erstattet.

Die Einschreibung für das Frühjahr 2019 wurde am 16. Juli gestartet. Bewerbungen können bis zum 31. August 2018 eingereicht werden. • eag Quelle: [Facebook](#)



Traineeship [Link](#)

15

## Europäische Kommission – Referendariatsstellen

Die Generaldirektionen JUST (Justiz und Verbraucher) sowie GROW (Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) bieten Ausbildungsplätze für Rechtsreferendare an.

Das Referat "Antidiskriminierung und Roma-Koordinierung" in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission bietet qualifizierten Referendar(inn)en regelmäßig die Möglichkeit, ihre Wahl- bzw. Verwaltungsstation in der Europäischen Kommission abzuleisten.

Referendar(inn)e(n) werden vollständig in die Arbeit des Referates integriert. Sie nehmen an Besprechungen teil, fertigen Dokumente an und begleiten uns bei den Verhandlungen und anderen externen Treffen.

Die Mindestdauer des Praktikums beträgt drei Monate.

Bei Interesse schicken Sie bitte, in englischer Sprache, ein Anschreiben (motivation letter), Ihren tabellarischen Lebenslauf sowie eine Kopie Ihres Examenszeugnisses und ggf. anderer (Station-) Zeugnisse an die Mailbox des Referats [JUST-D1@ec.europa.eu](mailto:JUST-D1@ec.europa.eu) sowie [paulina.carlin@ec.europa.eu](mailto:paulina.carlin@ec.europa.eu)

Die Generaldirektion für den Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GD Wachstum/GROW) der Europäischen Kommission bietet qualifizierten Rechtsreferendaren die Möglichkeit, ihre Wahl- bzw. Verwaltungsstation in der Europäischen Kommission zu leisten.

Die Tätigkeit verlangt sehr gute Kenntnisse des Europarechts und exzellente



redaktionelle Fähigkeiten. Die sichere Beherrschung der englischen wird neben der deutschen Sprache vorausgesetzt. Französischkenntnisse sind wünschenswert. Ein Einsatz bei der Bearbeitung von Fällen anderer Mitgliedstaaten ist möglich. Die Referendar(inn)e(n) werden vollständig in die Arbeit der Abteilung integriert. Sie nehmen an unseren Besprechungen teil, fertigen Dokumente an und begleiten uns bei Gesprächen mit anderen Dienststellen, Institutionen oder Interessenvertreter. Teamfähigkeit, Flexibilität und Sinn für Humor sollten mitgebracht werden. Der Mindestaufenthalt beträgt drei Monate.

Bei Interesse schicken Sie bitte Ihren tabellarischen Lebenslauf, ein Motivationsschreiben sowie eine Kopie Ihres Examenzeugnisses an:

[GROW-HRBUSINESS-CORRESPONDENT@ec.europa.eu](mailto:GROW-HRBUSINESS-CORRESPONDENT@ec.europa.eu). Bitte geben Sie auch an, welcher Tätigkeitsbereich der Generaldirektion Sie besonders interessiert und ob eventuelle Interessenkonflikte bestehen (für nähere Informationen, siehe [https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/service-standards-andprinciples/codes-conduct\\_de](https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/service-standards-andprinciples/codes-conduct_de)).

• *eag Quelle: Rundmail AA vom 17. Juli 2018*

## Young Professionals Netzwerkes und Praktikumsausschreibung im Rahmen des Projektes Routes4U der Europäischen Kommission und des Europarates

Das Projekt Routes4U dient dazu, die regionale Entwicklung der vier Makroregionen – Adriatisch-Ionische, Alpine, Baltische und Donau-Region - durch die Kulturrouten des Europarates zu stärken. Im Zuge des Projektes werden derzeit dynamische, motivierte und engagierte Young Professionals (25-35) aus den Bereichen der regionalen Entwicklung, kulturellen Zusammenarbeit und sozialen Partizipation (zB Wirtschaft, Tourismus, Kulturerbe) zur Schaffung eines beruflichen Netzwerkes Routes4Youth gesucht. Die Bewerbungsfrist endet am 30. September. Das Netzwerk soll dazu dienen, Young Professionals der o.g. vier Makro-Regionen die Möglichkeit zu geben, sich beruflich zu vernetzen. Es soll eine Plattform für Young Professionals sein, sich zu Themen der regionalen Entwicklung und der Kulturrouten auszutauschen. Außerdem soll es Young Professionals in den internationalen Kontext der Europäischen Kommission und des Europarates einbinden. Weitere Informationen sind der Anlage zu entnehmen.



Im Rahmen von Routes4U wird eine Praktikumsstelle für den Zeitraum September bis November 2018 (3 Monate) frei. Tätigkeiten umfassen Rechercheaufgaben zu dem Kulturroutenprogramm des Europarates, zu den makroregionalen Strategien der Europäischen Kommission und zu nachhaltigem Tourismus. Des Weiteren liegt ein Schwerpunkt des Praktikums auf der Umsetzung einer Kommunikationsstrategie. Bewerber müssen in einer Uni eingeschrieben sein. Praktikanten erhalten eine finanzielle Unterstützung von 300 Euro/Monat. Bewerbungsunterlagen in English oder Französisch (Anschreiben, Lebenslauf sowie Zeugniskopien) sind bis zum 31. Juli 2018 an [laura.ligazzolo@coe.int](mailto:laura.ligazzolo@coe.int) zu richten. Informationen zum Praktikum erhalten Sie auf der [Praktikums-Webseite](#).

• *eag Quelle: Rundmail AA vom 17. Juli 2018*





# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
<b>Eurostars – Partnergesuch</b>  Enterprise Europe Network  Dänemark	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>	<p><b>Dringend: Dänisches Unternehmen sucht deutsches KMU mit Schwerpunkt Drohnenantriebstechnik!</b></p> <p><b>Deadline für Interessenbekundungen 31. Juli.</b></p> <p>Für eine Projektidee im Eurostars-Programm sucht ein dänisches Unternehmen ein KMU, das sich auf Drohnenantriebstechnik spezialisiert und insbesondere elektronische Drehzahlregler (ESC) anbietet.</p> <p><b>Problem:</b> In remote areas, electricity production is often based on diesel generators, as it is not always possible to install wind turbines or solar energy parks to replace fossil fuels.</p> <p><b>Solution:</b> KiteX is developing a drone wind turbine, which can provide clean, reliable power for people working and living in remote areas, in particular where it is not possible to install other renewable sources of electricity. The construction consists of a fixed wing drone, where the propeller motors switch function and work as generators once the drone is airborne, and the 100-meter tether transfers power to a base station on the ground.</p> <p><b>Tasks to be performed in the project:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Optimise their ESCs for power production.</li> </ul>



		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Development of high voltage ESCs to support a 20 kW drone wind turbine system.</li> <li>- Development of propellers optimised for power production.</li> <li>- Design of a ground station with a winch, so the drone can automatically be reeled in.</li> </ul> <p>Nähere Informationen erhalten Sie auf Anfrage!</p>
<p><b>Eurostars-Partnernetz</b></p> <p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p> <p>Enterprise Europe Network Datenbank</p> <p>Norwegen</p>	<p><b>Norwegisches Medizintechnik-Start-Up sucht ein KMU, das tragbare, in Textilien eingebettete, Elektronik entwickelt.</b></p> <p>Norwegian Medtech startup developing innovative prosthesis hands based on microhydraulics and 3D printed parts is looking for SME providing wearable electronics and sensors that are embedded in textiles to participate in an EUROSTARS project. User experience and hand performance will be improved by adding sensors like pressure, position and orientation to the fingers and palm. The objective of the project is to develop a durable and inexpensive sensorarray add-on to the prosthesis hand.</p> <p><u>Partner sought:</u></p> <p>A company that can provide integrated sensors and electronics to be used by a prosthetic hand.</p> <p>Integrating sensors and electronics on a fabric:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• «wearable electronics»</li> <li>• «textile computing»</li> </ul> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/b0059154-8796-4541-bb76-bc7670e905c0">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/b0059154-8796-4541-bb76-bc7670e905c0</a></p> <p>Referenznummer: RDNO20180711001</p>	
<p><b>Eurostars-Partnernetz</b></p> <p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p> <p>Enterprise Europe</p>	<p><b>KMU für Eurostars-Kooperation gesucht, das Anwendungen zum Umgang mit Genomsequenzierungsdaten entwickelt.</b></p> <p>A Swiss bioinformatics SME developing encoders/decoders of genome sequencing data compliant with an ISO Standard for</p>	



<p>Network Datenbank</p> <p>Schweiz</p>		<p>Genomic Data Representation and Transport (MPEG-G) seeks SME or industry partners for a Eurostars research cooperation. MPEG-G is a new ISO standard for the compression/transport of genome sequencing data. It aims at providing better performance than existing formats. The goal is to integrate the SME's codecs in existing genome sequencing data analysis software applications.</p> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/9abbb202-0bd5-479e-9377-c6120d205970">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/9abbb202-0bd5-479e-9377-c6120d205970</a></p> <p>Referenznummer: RDCH20180716001</p>
<p><b>Fast track to Innovation-Forschungskooperation</b></p> <p>Enterprise Europe Network Datenbank</p> <p>UK und Niederlande</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p>	<p><b>Zwei Unternehmen aus den Bereichen Robotik und Software für RPAS-Paketlieferungssystem in einem H2020/FTI-Projekt gesucht</b></p> <p>Zum einen wird ein Unternehmen gesucht, das Roboter element in Form eines mechanischen Systems zum Be- und Entladen von Paketen mittels Drohen bereitstellen kann.</p> <p>Des Weiteren wird ein Softwareunternehmen gesucht, das in der Lage ist, die „sense and avoid“ Programmierung der Sensoren an der Drohne mit Hilfe von Bilderkennung und/oder Erdbeobachtung für die Routenvalidierung und die Registrierung von Bodenhindernissen durchzuführen.</p> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/de315da4-d80c-45bb-bdb3-6da294736ac3">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/de315da4-d80c-45bb-bdb3-6da294736ac3</a></p> <p>Referenznummer: RDUK20180711001</p>



## Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

### Tipp – Der Königliche Palast öffnet seine Türen



Einmal im Jahr öffnet der Brüsseler Königspalast seine Tore und ist für ein paar Wochen auch dem "normalen" Bürger zugänglich. Und zwar genau dann, wenn, wie in jedem Jahr, die Königsfamilie ihren Brüsseler Palast während der Sommerferien verlässt. Dann haben Besucher die Möglichkeit, einen exklusiven Blick auf das Leben der belgischen Königsfamilie zu werfen. Die Öffnung des

Königspalastes bietet die einmalige Gelegenheit, die prunkvollen Säle, Salons und Kunstgegenstände aus dem 18. und 19. Jahrhundert zu besichtigen. Besondere Aufmerksamkeit verdient hierbei die Gemäldesammlung, die vollständig erhalten blieb. Auch der Spiegelsaal, dessen Decke in einem Projekt des Künstlers Jan Fabre mit mehr als einer Million Skarabäenpanzer bedeckt wurde, lohnt einen Besuch.



Öffnungszeiten: 22. Juli bis 2. September. Dienstags bis sonntags: 10.30 Uhr bis 15.45 Uhr (letzter Einlass)

Eintritt: frei, keine Führungen reservierbar

Details zum Palast finden Sie hier: [Link](#) und hier: [Link](#)

• *eag Quelle: Internet / Facebook*

Weitere Informationen finden sie [hier](#) und [hier](#)

20

### GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.



In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

In dieser Woche beschäftigt sich unser Quiz angesichts eines drohenden Handelskrieges mit den USA, der Unterzeichnung des JEFTA-Abkommens mit Japan und des EU-China-Gipfels mit Handelsfragen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem EU-China-Gipfel, da hier große Einigkeit bestand keine Eskalation eines Handelskrieges zu wünschen. Viel Spaß beim Lösen der Aufgaben.

### Fragen

1. Die EU hofft auf eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Exporte mit China. Diese scheinen bereit dafür zu sein, denn sie haben bereits vor ein paar Monaten ihren Markt geöffnet für....?

- a) Zitrusfrüchte aus Italien
- b) Rindfleisch aus Irland
- c) Getreide aus Frankreich

2. China und die EU trafen in diesem Jahr zum 20. Mal zu einem Gipfel zusammen. Dabei wurden die Beratungen weitestgehend von den Sorgen vor einem Handelskrieg bestimmt. Welches der folgenden Themen stand allerdings nicht auf dem Plan?

- a) Forderung der EU nach größerer Marktöffnung Chinas
- b) die geplante Reform der Welthandelsorganisation (WTO)
- c) Verhandlungen zur Einführung einer Quote für Elektroautos in China

3. Wie viele Fahrzeuge hat Deutschland 2017 nach China geliefert?

- a) 5 Mio
- b) 15 Mio
- c) 23 Mio



## Antworten

### Frage 1

Antwort: b ist richtig. Nach dem Ausbruch der Rinderseuche 2001 stoppte China den Import von Rindfleisch aus Europa. Irland sichert sich nun nach 17 Jahren als erstes europäisches Land den Rindfleischexport nach China. Dort liegt der durchschnittliche Rindfleischverbrauch pro Kopf zwischen 4kg und 6kg.

### Frage 2

Antwort: c ist richtig. China hat bereits eine Quote für Elektroautos für 2019 beschlossen und braucht diesbezüglich erstmal keine Verhandlungen zu führen. Ein weiterer wichtiger Punkt, der bei diesem Gipfel verhandelt wurde, war hingegen das Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und China. Die Verhandlungen darüber sind in letzter Zeit ins Stocken geraten und sollten jetzt nochmal zum Thema werden.

### Frage 3

Antwort: c ist richtig. Laut Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der deutschen Automobilindustrie für den Zeitraum 2017



# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
Beatrice Herrmanns-Wagner (BHW)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

